

Im Beisein von Chretien und Zhu wurden zwei Memoranden über bilaterale Kooperation auf dem Energiesektor und auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Austausches sowie eine Absichtserklärung für die Zusammenarbeit zwischen China und Kanada in den Feldern Umwelt und Rechtsreform unterzeichnet. Insgesamt zeigten sich beide Seiten zufrieden sowohl mit dem aktuellen Besuch als auch mit der allgemeinen reibungslosen Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Chretien würdigte die Tatsache, dass die Kontakte zwischen Kanada und China weit über wirtschaftliche Beziehungen hinausgingen. China ist derzeit viertgrößter Handelspartner Kanadas und auf gutem Wege an die dritte Stelle aufzurücken. (SCMP, 12.2., 14.2.01; XNA, 12.2., 14.2.01) -kg-

Innenpolitik

12 Auflösung von neun staatlichen Wirtschaftsbehörden, Kompetenzübertragung an Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel

Im Februar wurde offiziell bekannt gegeben, dass neun staatliche Wirtschaftsbehörden aufgelöst und ihre Verwaltungszuständigkeiten an die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel (engl.: State Economic and Trade Commission, SETC), übertragen worden sind.

Bei den aufgelösten Organen handelte es sich um die Staatlichen Wirtschaftsbehörden für den Binnenhandel, für die Kohle-, Maschinenbau-, Metallurgische, Buntmetall-, Leicht-, Textil-, Petrochemische- und die Bauindustrie. Als Einzige beibehalten wurde die Staatliche Behörde für den Monopohandel von Tabak. Auch auf Provinzebene sollen die entsprechenden administrativen Kompetenzen der verschiedenen Wirtschaftssektoren den jeweiligen Kommissionen für Wirtschaft und Handel übertragen werden.

Die nun vollzogene Auflösung der Staatlichen Wirtschaftsbehörden bildet nach eigenen Angaben den Abschluss von umfassenden Maßnahmen

zur Reorganisation der Zentralregierung, die im Frühjahr 1998 eingeleitet worden waren. Damals waren die bis dahin mit umfangreichen Zuständigkeiten ausgestatteten Branchenministerien zu staatlichen Behörden unter Kommissionsleitung (*weiguan guojiaju*) zurückgestuft und der SETC unterstellt worden. Letzere war zugleich zu einem „Super-Ministerium“ aufgewertet worden, das wesentliche Koordinierungs- und Lenkungsfunktionen innerhalb der Ministerialbürokratie übernehmen sollte. Verlautbartes Ziel der Reorganisationsmaßnahmen war, die Effizienz der Verwaltung bei gleichzeitigem Personalabbau zu erhöhen. Angeblich war bereits 1998 eine dreijährige Übergangsperiode vorgesehen worden, nach deren Ablauf die zurückgestuften Wirtschaftsbehörden vollständig aufgelöst werden sollten.

Die spezifische Aufwertung der SETC lässt sich aber auch daraus erklären, dass im Zuge der Verhandlungen zum WTO-Beitritt Chinas ein dringender Bedarf der Koordinierung sektoraler Einzelinteressen entstand, die durch die Branchenministerien hartnäckig verteidigt wurden (vgl. Wang Yong, „Why China Went for WTO“, in: *The China Business Review*, July-August 1999, S.42-45). Vor dem Hintergrund der anhaltend starken protektionistischen Interessen der einzelnen Wirtschaftssektoren sind die jüngsten Reorganisationsmaßnahmen durchaus zu begrüßen, da zu erwarten steht, dass sich die Effizienz der innerbürokratischen Abstimmung dadurch verbessern dürfte.

Die Kompetenzverlagerung von den neun Behörden in die SETC soll seit September 2000 schrittweise vollzogen worden sein. Sie zog dort wiederum eine Reorganisation der kommissionsinternen Strukturen nach sich. So sollen drei Abteilungen geschlossen und fünf neue gebildet worden sein. Die Gesamtzahl der Abteilungen stieg damit von bislang 20 auf nunmehr 22; die Zahl der Mitarbeiter nahm um 300 aus den ehemaligen neun Behörden rekrutierten Staatsbediensteten zu und beläuft sich damit nun auf rund 750. Ein großer Teil der freigesetzten Arbeitskräfte soll in den (vorzeitigen) Ruhestand treten; ein anderer Teil soll sein Auskommen in Unternehmen oder parastaatlichen Organisationen finden.

Die jüngsten Reorganisationsmaßnahmen haben Folgen auch für die Branchenvereinigungen (*hangye xiehui*), deren Zahl landesweit rund 300 beträgt. Diese standen bislang unter der Aufsicht der für die jeweilige Branche zuständigen Staatlichen Wirtschaftsbehörde. Mit deren Auflösung sollen die Branchenvereinigungen (*hangye xiehui*) nun der Aufsicht der SETC unterstellt werden. Konkret wird dies bedeuten, dass zehn übergreifende Branchenverbände gebildet werden, die unter direkter Kontrolle der SETC stehen; diese sollen dann wiederum die Aufsicht über die verbleibenden mehr als 200 Branchenorganisationen führen.

Wie das Beispiel des Chinesischen Gesamtverbandes für die Leichtindustrie (*Zhongguo qingongye lianhehui*) deutlich macht, dessen Bildung bereits offiziell bekannt gegeben wurde, dürften diese neu zu gründenden zehn Verbände auch den Zweck erfüllen, Auffangbecken bzw. „Verschiebebahnhöfe“ für das aus den aufgelösten Wirtschaftsbehörden freigesetzte Personal zu bilden. So wurde etwa der frühere Direktor der Staatlichen Wirtschaftsbehörde für Leichtindustrie, Chen Shineng, zum neuen Vorsitzenden des Gesamtverbandes für die Leichtindustrie ernannt.

Diese Reorganisation im Bereich intermediärer Organisationen könnte sich negativ auf die Rolle der Branchenverbände als Organe der wirtschaftlichen Interessenvertretung auswirken. Hatten einzelne Verbände seit Beginn der neunziger Jahre durchaus eine stärkere Repräsentationsfunktion für ihre Mitglieder übernommen, so droht die nun vorgenommene Unterstellung der Branchenverbände unter die hierarchische Kontrolle der SETC die entstandenen Freiräume der Interessenvertretung wieder zu beschneiden. (RMRB, 20., 27.2., 1.3.01; XNA, 20.2.01) -hol-

13 Staatliche Führung nutzt Selbstverbrennungen zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen Falungong

Seit Ende Januar betreibt die staatliche Führung eine politische Kampagne zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen gegen die Falungong-Bewegung von bislang nicht erreichter In-

tensität. Dabei nutzt sie die versuchte Selbstverbrennung von fünf Personen im Januar, die in einem Fall zum Tod führte (vgl. C.a., 2001/1, Ü 13), sowie eine nach offiziellen chinesischen Angaben Mitte Februar erfolgte Selbstverbrennung eines weiteren Falungong-Anhänger, die ebenfalls tödlich endete.

Wie die staatliche Nachrichtenagentur sowie das staatliche Fernsehen berichteten, verbrannte sich am 16. Februar ein junger Mann im Westen des Stadtzentrums von Beijing. Polizei und Sanitäter, die, von Passanten herbeigerufen, den Tatort binnen drei Minuten erreichten, fanden den Mann bereits tot vor. Nach offiziellen Angaben fand man neben der Leiche verschiedene Ausweisdokumente, eine Bahnfahrkarte und einen sechseitigen Brief, die eine eindeutige Identifizierung der Person erlaubten; danach handelte es sich um einen 25-jährigen Schuhputzer aus der Provinz Hunan, der sich selbst als Falungong-Anhänger bekannte. Gemäß einiger zitierter Auszüge aus dem Brief des Selbstmörders wollte dieser seine Staatsbürgerschaft in der VR China aufkündigen, um ein „tapferer Krieger“ zur Verteidigung von Li Hongzhi und Falungong zu werden und in den „Himmel“ zurückzukehren. Li Hongzhi habe seine Anhänger ermuntert, keine Furcht vor dem Tod zu haben, um in das „Nirwana“ einzugehen; der junge Mann habe einer der Ersten sein wollen, die sich für Falungong opfert (XNA, 17.2.01). Noch am selben Abend war im staatlichen Fernsehen ein Interview mit Angehörigen des Toten in seinem Heimatort in der Provinz Hunan zu sehen.

Die offizielle Nachricht konnte anders als bei den Selbstverbrennungen vom Januar auf dem Tiananmen-Platz, als CNN-Reporter zugegen waren, nicht von unabhängiger Seite bestätigt werden. Internationale Kommentatoren bemerkten, dass die aus dem Brief zitierte Begrifflichkeit nicht der typischen, in zahlreichen Publikationen Li Hongzhis verbreiteten Falungong-Terminologie entspreche.

Der jüngste Propagandafeldzug gegen die Falungong-Bewegung setzte genau eine Woche nach den ersten Selbstverbrennungen ein und riss seither nicht ab. Den gesamten Februar über waren die staatlichen Medien voll mit

Artikeln und Sendungen über den Falungong-„Kult“; in der *Volkszeitung* erschienen an einem Tag oft ein halbes Dutzend oder mehr Beiträge zu dem Thema. Die große Zahl der Beiträge lässt sich grob in drei Typen gliedern: Zum ersten finden sich Pamphlete gegen Li Hongzhi und seine Lehre, die ihren Charakter als übler „Kult“ mit den Selbstverbrennungen nun endgültig erwiesen habe; wie zuvor wird unter anderem die Unterstellung gepflegt, Li Hongzhi arbeite im Verein mit westlichen Anti-China-Kräften, deren Ziel die Subversion der politischen Herrschaft der KPCh sei. Zum zweiten erschienen Berichte über individuelle Fälle erfolgreicher Bekehrungen von ehemaligen Falungong-Anhängern, die nun erkannt hätten, dass sie den Täuschungen eines Scharlatans erlegen seien; auffällig ist die gehäufte Zahl derartiger Berichte sowie die Tatsache, dass in einigen Fällen die Tatsache explizit erklärt wird, die Betroffenen seien durch ihren Aufenthalt in Arbeitslagern zur Bekehrung gelangt (vgl. dazu C.a., 2001/1, Ü 13).

Zum dritten – und hier handelt es sich um ein neues Element in der Kampagne – finden sich zahlreiche Berichte, wonach Vertreter vielfältiger politischer und sozialer Gruppen den Falungong-„Kult“ verurteilt hätten. Die Liste der im Verlauf des Februar benannten Gruppen ist stattlich und deutet auf massive Anstrengungen der parteistaatlichen Organe im ganzen Land, möglichst weite Teile der Bevölkerung im Kampf gegen die Bewegung zu mobilisieren. Als Multiplikatoren der Kampagne fungieren vor allem die traditionellen, von der KPCh kontrollierten Massenorganisationen, allen voran der Jugendverband und der Frauenverband, die Informationsbroschüren an Schüler, Studenten, Familien und ältere Menschen verteilen sowie Unterschriften gegen Falungong sammeln; im Zusammenhang mit der Nachricht von der zweiten Selbstverbrennung Mitte Februar sollen sich 12 Mio. junge Menschen an einer Unterschriftenaktion beteiligt haben. Ferner wurden mehrere „Anti-Kult-Vereinigungen“ ins Leben gerufen, die ebenfalls Unterschriften gegen Falungong sammeln. Auch die Volkskongresse und Politischen Konsultativkonferenzen auf allen Ebenen, die acht so genannten „demokratischen Parteien“ so-

wie Gewerkschaften, Handelskammern und Berufsverbände (Juristen, Lehrer, etc.) wurden als Instrumente zur Mobilisierung der Bevölkerung eingesetzt. Vertreter der verschiedenen offiziell anerkannten Religionen in China wurden ebenso mit Verurteilungen von Falungong zitiert wie Vertreter Beijing-freundlicher Gruppierungen aus Hongkong, Macau sowie in Beijing tätige Taiwanesen; schließlich zeigten sich Vereinigungen von Übersee-Chinesen und in China weilende Ausländer „schockiert“ über die jüngsten Vorfälle.

Damit sind Instrumente einer leninistischen „Einheitsfrontpolitik“ zur Mobilisierung „spontaner“ Aktionen der „Volksmassen“ in einem Ausmaß und einer Intensität reaktiviert worden, die die chinesische Bevölkerung mit dem Ende der „Kulturrevolution“ hinter sich gelassen zu haben glaubte.

Beijing-kritische Stimmen aus Hongkong sowie im Umkreis der Falungong-Bewegung selbst bieten eine Interpretation der Selbstverbrennungen an, die von einer bewussten Inkaufnahme oder sogar einer Inszenierung der Selbstmorde durch die parteistaatliche Führung mit dem Zweck ausgeht, damit die Grundlage für eine durchgreifende politische Kampagne zu schaffen. Vertreter einer solchen „Verschwörungstheorie“ benennen zahlreiche Widersprüchlichkeiten der offiziellen Seite mit dem Vorfall vom 23. Januar, darunter die sofortige Präsenz von staatlichen Kamerteams am Tatort, die den Vorgang im Detail filmten, sowie die Bereitstellung von Feuerlöschern wenige Augenblicke nach den Selbstentzündungen; die Tatsache, dass die fünf Personen trotz der im Vorfeld des Frühlingssports noch intensiveren Sicherheitskontrollen und des extrem hohen Aufgebots an Sicherheitskräften mit ihren Utensilien unerkannt auf den Platz gelangen und die Vorbereitungen für ihre Selbstverbrennung unbehelligt treffen konnten; das einwöchige Schweigen der staatlichen Medien, abgelöst von sensationalistischen Reportagen, deren Details nicht glaubhaft seien, so etwa ein im Fernsehen ausgestrahltes Interview mit der 12-jährigen Liu Siying, die zwar schwerste Verbrennungen davongetragen haben soll, vier Tage nach ihrer versuchten Selbstverbrennung im Krankenhaus aber ohne weiteres ansprechbar war und sogar ein

Lied vor der Kamera sang; die nachträglichen Berichte über zwei weitere Personen neben den ursprünglich bekannten fünf, die gemeinsam mit diesen Selbstverbrennung geplant haben, von Sicherheitskräften aber davon abgehalten worden sein sollen – hier liegt der Verdacht nahe, dass diese zwei Personen die Rolle als Statisten übernommen haben könnten, um der Öffentlichkeit fingierte Narrativen über die Hintergründe der Selbstverbrennungsaktion zu liefern (ZM, 2000/3, S.32-39; www.clearwisdom.net).

Die hier zusammengetragenen Verdachtsmomente lassen sich ebenso wenig verifizieren wie die Berichterstattung der offiziellen chinesischen Medien. Erstaunlich ist allerdings, dass die Darstellungen beider Seiten, die jeweils klar interessengeleitet sind, keine Ausführungen zu einer wichtigen Evidenz im Zusammenhang der Selbstverbrennungen machen. So haben internationale Beobachter richtig darauf hingewiesen, dass zum 1. Januar dieses Jahres auf der offiziellen Webseite der in New York ansässigen Falungong-Organisation eine neue „Schrift“ von Li Hongzhi mit dem Titel „Beyond the Limits of Forbearance“ erschienen war, die auch zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags noch nachzulesen ist. Dort heißt es im englischen Wortlaut unter anderem: „Forbearance is absolutely not the limitless giving of free rein, which enables those evil beings who no longer have any human nature or righteous thoughts to do evil without limit. [...] If the evil has already reached the point where it is unsavable and unkeepable, then various measures at different levels can be used to stop it and eradicate it. [...]“ (www.clearwisdom.net).

Zwar legen diese Aussagen an sich keine Selbstmordopfer nahe; Li Hongzhi äußert sogar in demselben Text, dass er für gewöhnliche Praktizierende, die sich noch im Prozess der Kultivierung befänden, nicht relevant sei. Eine assoziative Verbindung zwischen dem Text Li Hongzhis und der Anwendung von Gewalt schuf jedoch ein von den Herausgebern der Webseite am 11. Januar publizierter Kommentar. Ausgehend von der Kritik an „extremen Interpretationen“ des Textes durch „gewisse Schüler“ wird hier explizit davor gewarnt, zu extremen Maßnahmen der Gewalt oder gar des Tötens zu grei-

fen. Unter anderem heißt es: „Master has destroyed countless evil forces at different levels, but at this level of the human realm, he has always used forms that people can see, peacefully and compassionately teaching the Fa and teaching his disciples by example. How can we disciples in the human realm even think about engaging in extreme actions and even violence?“ („Harmonizing Dafa, Not Going to Extremes“, ebenda).

Es ließen sich Mutmaßungen darüber anstellen, ob derartige Texte die Motivation für die Selbstverbrennungen in Beijing geliefert haben könnten. In diesem Fall ließe sich andererseits ebenso annehmen, dass die betreffenden Texte im Sicherheitsapparat der VR China, die die Falungong-Webseiten regelmäßig überprüfen und filtern dürften, zum Zeitpunkt ihrer Publikation ebenfalls bekannt waren. Dies würde wiederum jene Interpretation unterstützen, die davon ausgeht, dass die Sicherheitskräfte im Vorfeld der Selbstverbrennungen von den möglichen Selbstmordplänen Kenntnis hatten und ihre Ausführung, eventuell mit Einwilligung der Führungsspitze, bewusst zuließen. Auf der Grundlage des zugänglichen Materials verbleiben derartige Überlegungen aber notwendig im Bereich des Spekulativen.

Der Fall zeigt das Glaubwürdigkeitsdilemma, in dem beide Seiten des politischen Konfliktes befangen sind. Das Dilemma wird durch den Mangel unabhängiger Medien und eines unabhängigen Gerichtssystems verstärkt, die in der VR China in keiner Weise in der Lage sind, Licht in das Dunkel zu bringen. (RMRB, tägliche Berichterstattung 29.1.-1.3.01; XNA, 2.2.-1.3.01; SCMP, 17., 19., 27., 28.2.01; WSJ, 13., 19., 28.2.01, IHT, 17., 28.2.01; FT, 17./18.2.01) -hol-

14 Gehäufte Kritik an Menschenrechtsverstößen in Arbeitslagern und psychiatrischen Kliniken

Mehrere Ereignisse haben dazu beigetragen, dass die Debatte um die Verletzung von Menschenrechten in der VR China im Februar erneut in den Vordergrund gerückt ist. Hier ist zunächst der Besuch von Vertretern des Internationalen Olympischen Komitees in Bei-

jing zu nennen, das über die Bewerbung der Stadt für die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 zu entscheiden hat (vgl. Übersicht unter der Rubrik Außenpolitik). Im Vorfeld des Besuchs hatte eine internationale Kontroverse über die Frage eingesetzt, ob die Auswahl der Austragungsstätte an Menschenrechtsstandards gekoppelt werden solle.

Ferner provozierte die offizielle Ankündigung, die VR China würde in Bälde die 1997 unterzeichnete Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifizieren, skeptische Stellungnahmen hinsichtlich des tatsächlich erreichten Standes des Menschenrechtsschutzes in China. Die Ratifizierung der Konvention durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, die Ende Februar erfolgte, blieb tatsächlich unter dem Vorbehalt, keine unabhängigen Gewerkschaften zuzulassen (vgl. C.a., 2000/12, Ü 14, sowie Übersicht unter der Rubrik Außenpolitik).

Schließlich legte die neue US-amerikanische Administration unter Präsident Bush nicht nur einen Bericht zur Menschenrechtslage in der VR China vor, in dem insbesondere Verstöße im Bereich der Religionsfreiheit scharf attackiert wurden; die USA kündigten außerdem auch an, dass sie sich anlässlich der im März tagenden Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf für eine Resolution gegen China einsetzen wollten.

Je nach Themenbereich reagierte die offizielle chinesische Seite unterschiedlich auf die Vorwürfe. Vorwürfe von Seiten der USA, sie würde mit den repressiven Maßnahmen gegen die Falungong-Bewegung und andere religiöse Gruppen gegen die Religionsfreiheit verstoßen, wies China wie bisher scharf von sich. Darüber hinaus legte sie im Gegenzug selbst einen höchst kritischen Bericht zur Menschenrechtslage in den USA vor.

Mit einem neuen Selbstbewusstsein geht China aber seit kurzem vor allem mit ausländischer Kritik an der verbreiteten Form der Verwaltungshaft, der so genannten „Umerziehung durch Arbeit“ in speziell dafür eingerichteten Arbeitslagern um. Den Ermittlungen internationaler Menschenrechtsorganisationen zu Folge gibt es in China landesweit rund 700 Arbeits-

lager; über zwei Millionen Menschen sollen jährlich wegen minder schwerer Verbrechen oder aus politischen Gründen ohne Gerichtsverfahren für Zeiträume von einigen Tagen bis zu mehreren Jahren dort inhaftiert werden. Auch sei es üblich, im Vorfeld wichtiger Jahrestage oder internationaler Besuche (wie jüngst anlässlich des Besuchs des Olympischen Komitees) chinesische Großstädte von Obdachlosen, Migranten, Bettlern, Prostituierten etc. zu „säubern“, indem man diese vorübergehend in Arbeitslager verbringe. Unzureichende sanitäre Bedingungen, die Verweigerung medizinischer Betreuung, die Misshandlung von Lagerinsassen sowie Folter seien verbreitete Missstände in den Lagern.

Hatte die offizielle Seite bisher zu derartigen Vorwürfen zumeist geschwiegen, bekennt sie sich nun offensiv zur Verwaltungshaft. Dabei handle es sich um eine gesetzlich verankerte Praxis, die in den 45 Jahren ihres Bestehens ihren Erfolg erwiesen habe. Die Rechte der Lagerinsassen seien vom Gesetz geschützt; es gebe nicht mehr Missbrauch wie in anderen Ländern auch. Im Zusammenhang der Inhaftierung von Falungong-Anhängern äußerte ein Regierungssprecher gar, die Regierung kümmere sich um die Lagerinsassen wie „Eltern um ihre Kinder oder wie Ärzte um ihre Patienten“. Nach gesetzlicher Regelung betrage die maximale Inhaftierungsdauer drei, in besonders schwerwiegenden Fällen vier Jahre. Weitere Reformen des Systems seien in den nächsten Monaten vorgesehen.

Als „völlig grundlos und inakzeptabel“ wies die offizielle chinesische Seite dagegen einen Mitte Februar bekannt gemachten Vorwurf zurück, wonach psychiatrische Kliniken in China zunehmend als Verwahrungseinrichtungen für politisch unliebsame Personen missbraucht würden. In einer kürzlich im *Columbia Journal of Asian Law* veröffentlichten 130 Seiten langen Studie legte der Brite Robin Munro (SOAS, London) die Ergebnisse seiner langjährigen Forschungsarbeit vor. Danach sei die VR China dem Vorbild der Sowjetunion gefolgt, die ein ausgefeiltes Instrumentarium der politisch motivierten Einweisung in psychiatrische Kliniken entwickelt hatte, weshalb sie 1983 aus dem Weltverband der Psychiatrie ausgeschlossen worden war.

So bestehe in China ein Netz von rund zwanzig polizeilich kontrollierten psychiatrischen Anstalten, die im Verlauf der neunziger Jahre, besonders aber seit der Eskalation des Falungong-Konflikts, zunehmend für politische Ziele missbraucht worden seien sollen. Für eine psychiatrische Diagnose prädestiniert seien etwa Personen, die wiederholt Petitionen an staatliche Stellen einreichten, die antikommunistische Slogans und falsche Informationen verbreiteten oder solche Personen, denen „in anomalem Maße der natürliche Instinkt zum Selbstschutz“ angesichts drohender Festnahmen fehle. Neben politisch Andersdenkenden seien in jüngster Zeit vor allem auch religiöse Nonkonformisten in Psychiatrien eingewiesen worden. Seit 1980 sollen mindestens 3.000 Personen wegen politisch abweichenden Verhaltens einer psychiatrischen Behandlung unterzogen worden sein. Munro sieht die Ursachen des Missbrauchs nicht in den Kliniken selbst, sondern in der systematischen Unterdrückung unabhängiger politischer Meinungsäußerung und Organisationen.

Der behauptete Trend einer Zunahme des politischen Missbrauchs der Psychiatrie könnte auch als Indiz für die Effizienz des Drucks gewertet werden, den internationale Menschenrechtsorganisationen seit Jahren auf China ausüben. So könnten psychiatrische Kliniken in dem Maß verstärkt als „Auffangbecken“ für politische „Abweichter“ dienen, wie die Praktiken in „regulären“ Haftanstalten (Gefängnisse und Arbeitslager) einer intensiveren internationalen Kontrolle ausgesetzt worden sind. (XNA, 20.2.01; SCMP, 15., 19., 27., 28.2.01; IHT, 10./11., 13., 19., 20., 21., 23., 27.2., 1.3.01; HB, 6.2.01; SZ, 24., 28.2., 1.3.01) -hol-

15 Jiang Zemins neues Konzept einer „Herrschaft der Moral“ – Zur ideologischen Befindlichkeit der Parteiführung

Seit Mitte Januar kursiert in Beijinger Parteikreisen ein neues theoretisches Konzept, dessen Formulierung Staatspräsident und KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin persönlich zugeschrieben wird. Jians Idee einer „Herrschaft der Moral“, die er bereits auf einer Sitzung der Propagandaabteilung des Zentral-

komitees der Partei am 10. Januar vorgestellt hatte, ist inzwischen über die einschlägigen Kanäle des Propagandasystems verbreitet worden. Nachdem Symposien abgehalten und Kommentare ausgewiesener Experten publiziert worden sind, hat das neue Konzept einen Status als herausragendes Element eines noch zu kanonisierenden allgemein gültigen Theoriegebäudes Jiang Zemins erhalten.

Nach offiziellem Wortlaut besteht die Bedeutung des neuen Konzepts darin, beim Aufbau eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ der „Herrschaft der Moral“ den gleichen Stellenwert einzuräumen wie der „Herrschaft des Rechts“; beide stünden in enger wechselseitiger Verbindung und ergänzten einander. Die Schaffung eines gesunden Moralsystems sei ein langfristiges strategisches Ziel, um mit den gesellschaftlichen Folgen der Marktwirtschaft adäquat umzugehen.

Die jüngste Ausgabe der allgemein gut informierten Hongkonger Monatszeitschrift *Jingbao* gibt Einblicke in die konkreten Hintergründe und Motivationen dieses zunächst sehr kryptischen Konzepts. Danach stelle Jiang Zemin „Herrschaft der Moral“ die Reaktion auf eine Glaubwürdigkeitskrise der Parteiherrschaft dar. So sei es der Parteiführung nach dem Tiefpunkt ihrer Legitimität zu Ende der „Kulturrevolution“ zwar gelungen, durch die wirtschaftlichen Erfolge im Zuge der Reformpolitik das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Jedoch stehe dieses Vertrauen in den letzten Jahren angesichts der Ausbreitung von Korruption unter Partei- und Regierungsfunktionären sowie des Mangels einer ideologisch-moralischen Stütze wieder zunehmend auf dem Spiel; insbesondere sei die Attraktivität des Falungong-Kultes Ausdruck des Verlusts einer moralischen Orientierung in der Gesellschaft. Diese Defizite, die im Gefolge der Reform- und Öffnungspolitik und der Globalisierung in China entstanden seien, böten wiederum Angriffsflächen für feindliche Kräfte im Ausland, die China „verwestlichen“ und es zum „Vasallen“ in einer von US-amerikanischen Hegemonialinteressen dominierten Weltordnung degradieren wollten. Entsprechend impliziere das neue Konzept eine klare Abfuhr an eine ideologische Pluralisierung, wie sie im Zusammenhang der wirtschaft-

lichen Reformen gerade von westlichen Vertretern hartnäckig gefordert würde.

Vor diesem Hintergrund sei Jiang Zemin's neues Konzept einer „Herrschaft der Moral“ als konkrete Anleitung zum Umgang mit den dringendsten Problemen der Parteiherrschaft zu verstehen, allen voran der verbreiteten Korruption und dem Falungong-Konflikt. Solange die „Herrschaft des Rechts“ nicht hinreiche, die Probleme erfolgreich zu bekämpfen, seien moralische Qualitäten gefordert, um die Glaubwürdigkeit der Partei und die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen. Während die im vergangenen Jahr von Jiang Zemin vorgestellte Theorie der „drei Repräsentationen“ (Repräsentation „der fortgeschrittenen Produktivkräfte, der fortgeschrittenen chinesischen Kultur und der fundamentalen Interessen des Volkes“ durch die KPCh, vgl. C.a., 2000/4, Ü 14) von einigen Mitgliedern der Parteispitze als zu vage kritisiert worden sein soll, bestehe der Vorteil des nun formulierten Konzepts darin, die Kernelemente dieser Theorie unter den realen Bedingungen der Marktwirtschaft und der Globalisierung zur konkreten Anwendung zu bringen.

Verdienstreich sei das Konzept vor allem aber auch deshalb, weil es den reichen Schatz an Moralvorstellungen des traditionellen China für die nächste Führungsgeneration verfügbar mache, die damit eine wichtige ideologische und moralische Orientierungshilfe erhalte.

Das neueste ideologische Konzept zeigt damit ein weiteres Mal den Grundkonflikt der Parteiherrschaft auf, der darin besteht, dass die bestehenden Legitimationsdefizite durchaus erkannt werden, zu ihrer Bewältigung aber in erster Linie nur immer neue, inhaltlich weitgehend austauschbare Ideologismen angeboten werden können. (XNA, 22.2.01; JB, 01/3, S.33-37) -hol-

16 Geplanter Bau einer Eisenbahnstrecke von Qinghai nach Tibet

Die chinesische Regierung hat angekündigt, den Bau einer Eisenbahnstrecke von Golmud (Ge'ermu) in der Provinz Qinghai nach Lhasa, der Hauptstadt der Autonomen Region Tibet, in Angriff nehmen zu wollen.

Staatspräsident Jiang Zemin soll den Bau der Eisenbahnstrecke seit November letzten Jahres persönlich als vorrangiges Projekt im Rahmen der großangelegten Entwicklungsstrategie für Zentral- und Westchina empfohlen haben.

Das geplante Großprojekt besitzt eine starke politische Symbolik. Bereits unter Mao Zedong waren zwei Anläufe unternommen worden, eine Eisenbahnverbindung nach Tibet zu bauen, auf Grund der technischen Probleme, die die extreme Höhe des tibetischen Hochplateaus mit sich bringt, aber gescheitert.

Als Ausdruck eines umso größeren patriotischen Selbstbewusstseins erscheint es vor diesem Hintergrund, wenn Chinas Premierminister Zhu Rongji nun verkündet, dass das Land durch die Erfolge der in den vergangenen zwanzig Jahren betriebenen Reform und Öffnung ausreichend wirtschaftliche Stärke besitze, um sich den technischen Herausforderungen der weltweit höchstgelegenen Bahnlinie zu stellen und Lösungswege zu finden.

Für die Bahnverbindung von Qinghai nach Tibet entschied man sich als der strategisch Günstigsten von insgesamt vier Optionen – alternativ diskutierte Routen führten durch die Provinzen Yunnan, Sichuan oder Gansu nach Tibet. Die nun gewählte Strecke Golmud-Lhasa stellt eine Verlängerung der bereits bestehenden Bahnverbindung Xining-Golmud dar, deren Transportkapazitäten bereits seit Herbst letzten Jahres erweitert werden.

Von der 1.118 km langen Strecke zwischen Golmud und Lhasa, die nahe der einzigen das ganze Jahr über befahrbaren Autostraße nach Lhasa verlaufen wird, sollen 960 km auf einem Höhengniveau von mehr als 4.000 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Rund 30 km sollen durch Tunnel und rund 600 km über Permafrostboden führen, der besonders aufwendige Bausicherungs- und Instandhaltungsmaßnahmen erfordert.

Die Kosten für den Bau der Eisenbahnstrecke werden vom Eisenbahnministerium auf knapp 20 Mrd. Yuan RMB (ca. 5 Mrd. DM) geschätzt. Die Strecke soll in fünf bis sieben Jahren fertig gestellt sein. Durch den Bau sol-

len Frachtkapazitäten von rund acht Mio. Tonnen pro Jahr entstehen.

Wie das Beispiel des Baus des Dreischluchten-Staudamms zeigt, dürfte die Wahrscheinlichkeit relativ hoch sein, dass während der Ausführung des Bauprojekts die Kosten ebenso wie die Ausführungsdauer nach oben korrigiert werden müssen.

Die hohen Kosten werden nach Einschätzung von Kommentatoren durch den zu erwartenden ökonomischen Nutzen des Projekts nur bedingt gerechtfertigt, wenn Tibet auch über reichhaltige Bodenschätze, darunter Uran, Kupfer, Eisen, Lithium, Kohle, Öl, Gas und zahlreiche Mineralien sowie über große Waldbestände verfügt.

Im Vordergrund stehen vielmehr politische Ziele, wie sie von offizieller Seite auch durchaus benannt werden. So begründete Zhu Rongji den Bau der Strecke damit, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tibets vorantreiben, den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen Tibet und China fördern und die Einheit der verschiedenen ethnischen Gruppen in der Volksrepublik stärken zu wollen. Ein Artikel der *China Business Times* benannte vier Faktoren der Bedeutung Tibets in der folgenden Reihenfolge:

- (1) für die politische Stabilität Chinas,
- (2) für die Einheit der Nationalitäten,
- (3) für die Stabilität der Landesverteidigung und
- (4) für die wirtschaftliche Entwicklung.

Entsprechend groß sind auf tibetischer Seite die Befürchtungen vor den Folgen des Baus der Eisenbahnstrecke. Zwar ist den Anhängern des Dalai Lama nach eigenen Angaben durchaus an einer Modernisierung Tibets gelegen, die die Region aus ihrer sozioökonomischen Rückständigkeit und damit auch geopolitischen Passivität befreien soll, doch fürchtet man eine wachsende hegemoniale Vereinnahmung durch die Volksrepublik. Neben einer massiven Ausbeutung der tibetischen Rohstoffe stehe insbesondere zu erwarten, dass sich der Prozess der Überfremdung der tibetischen Bevölkerung durch den Zuzug Han-chinesischer Siedler vor allem entlang der

Bahnlinie beschleunigen wird. In Lhasa soll bereits jetzt nur noch jeder dritte Bewohner ein Tibeter sein. Die bereits stark bedrohte kulturelle Identität der Tibeter dürfte so noch weiter gefährdet werden. (RMRB, 9.2.01; FAZ, 17./18.2.01; SCMP, 28.2.01; www.tibetinfo.net) -hol-

17 Interne Kritik an Drei-Schluchten-Staudammprojekt

Nach Berichten der Hongkonger Zeitung *South China Morning Post* hat eine kanadische Nichtregierungsorganisation Zugang zu einem internen Dokument erhalten, in dem Kritik an dem 1992 in Angriff genommenen Drei-Schluchten-Staudammprojekt geübt worden ist.

In dem Dokument soll ein Wissenschaftler der Qinghua-Universität, der bereits in den achtziger Jahren an der Erstellung der Feasibility-Studien beteiligt gewesen war, mehreren Bedenken an dem Projekt Ausdruck gegeben haben. So würden die positiven Effekte des Staudamms zur Flutkontrolle weitaus geringer ausfallen als ursprünglich erwartet. Die Kapazitäten zur Elektrizitätsgewinnung würden in den Sommermonaten voraussichtlich erheblich sinken; insgesamt würden die Kosten für die Stromerzeugung so hoch liegen, dass niemand sich den dort erzeugten Strom würde leisten können.

Ferner wies der Wissenschaftlicher auf erhebliche ökologische Probleme entlang des gestauten Changjiang (Yangtzejiang) hin, deren Bewältigung bislang nicht in Aussicht stehe. So würden allein in der Stadt Chongqing eine knappe Milliarde Tonnen an Industrieabwässern ungeklärt in den Fluss geleitet werden. Für einen adäquaten Umweltschutz im Zusammenhang mit dem Staudamm veranschlagte er einen Betrag von 37 Milliarden USD.

Das interne Dokument weise ferner darauf hin, dass die Kommission für Wasserwirtschaft am Changjiang auf eine Anfrage von einem Vertreter der Politischen Konsultativkonferenz eingegangen habe, dass die Kapazitäten des Staudamms zur Flutkontrolle weniger hoch als erwartet seien; gleichzeitig sei aber davor gewarnt worden, diese Nachricht an die Öffentlichkeit drin-

gen zu lassen. (SCMP, 17.2.01; CND, 19.2.01) -hol-

18 Signifikanter Anstieg von Auslandsreisen

Nach Angaben der chinesischen Ein- und Ausreisebehörde sind im Jahr 2000 mehr als 4,97 Mio. chinesische Staatsbürger ins Ausland gereist. Die Zahl der Auslandsreisen liegt damit um 16% höher als im Jahr 1999.

Der Anstieg sei in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das Ministerium für Öffentliche Sicherheit im zurückliegenden Jahr das formale Prozedere für die Beantragung von Reisepässen vereinfacht habe. Insbesondere seien die Ausreisebedingungen für Geschäfts- und andere dienstliche Reisen erleichtert worden.

Ein Rekordanstieg sei auch bei Reisen von Bürgern des Festlands in die Sonderverwaltungszone Hongkong und Macau zu verzeichnen gewesen. Im Jahr 2000 seien hier mehr als 1,77 Mio. Reisen, darunter 246.000 für geschäftliche Zwecke, registriert worden. Schließlich hätten 89.000 Festlandsbürger die Genehmigung erhalten, für persönliche Zwecke nach Taiwan zu reisen. (XNA, 14.2.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Neuer Wissenschaftspreis

In China ist ein neuer Wissenschaftspreis gestiftet worden, der „Höchste staatliche Wissenschafts- und Technologie-Preis“ (*Guojia zuigao kexue jishu jiang*). Er wurde im Februar 2001 zum ersten Mal vergeben und soll künftig jedes Jahr an zwei herausragende Wissenschaftler verliehen werden. Die Preisträger für das Jahr 2000 sind der Mathematiker Wu Wenjun und der Agrarwissenschaftler Yuan Longping, die jeder 5 Millionen Yuan erhielten.

Wu Wenjun (Jg. 1919) ist seit den 1940er Jahren ein bekannter Mathematiker, der sich in seiner Forschung hauptsächlich der Topologie widmete. Von dem Preisgeld werden ent-

sprechend der staatlichen Regelung 4,5 Mio. Yuan an sein früheres Institut für Mathematik an der Akademie der Wissenschaften gehen; den Rest darf er persönlich behalten. (RMRB, 20.2.01, S.4; XNA, 20.2.01)

Yuan Longping (Jg. 1930) gilt in China als Vater neuer Reissorten. Er ist am Hybridreis-Forschungszentrum Hunan tätig und zugleich Akademiemitglied der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften. Die von Yuan und seinem Team entwickelte Kreuzung wird seit den 1960er Jahren auf der Hälfte aller Reisfelder des Landes angebaut. (RMRB, 20.2.01, S.4; XNA, 23.2.01)

Die Preisverleihung fand im Rahmen einer großen, vom ZK und Staatsrat durchgeführten Festveranstaltung statt, auf der Parteichef Jiang Zemin den beiden Wissenschaftlern die Preise übergab und Premierminister Zhu Rongji eine Rede hielt, in der er die Bedeutung hervorhob, die der Staat Wissenschaft und Technik beimesse. Der Preis sei Ausdruck der Hochschätzung von Partei und Regierung für wissenschaftliche Leistungen und sei dazu bestimmt, die Wissenschaftler zu weiteren Beiträgen für die Entwicklung Chinas zu animieren. Zhu rief die ganze Gesellschaft dazu auf, den Geist der Wissenschaft hochzuhalten. Wissenschaftliche und technische Innovationen, so der Premierminister, seien heute die Hauptkraft der sozioökonomischen Entwicklung und zugleich der Gradmesser für nationale Stärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb sei es die Hauptaufgabe der Wissenschaftler in China, wissenschaftlichen Fortschritt und wissenschaftliche Innovationen voranzutreiben. (RMRB, 20.2.01, S.1; XNA, 20. u. 21.2.01)

Die Stiftung des Wissenschaftspreises ist Teil der staatlichen Politik, China durch Wissenschaft und Bildung wiederzubeleben und ihm den angestrebten Platz als eine der großen Wissenschaftsnationen in der Welt zu erobern. Zur Durchsetzung dieser Politik bedarf es großer Anstrengungen und immer wieder erneuter Propagierung der Wichtigkeit wissenschaftlicher Leistungen für die Modernisierung. Heute sind es weniger die Nachwirkungen der Bildungs- und Wissenschaftsfeindlichkeit aus der Zeit der